

Mit Kampfgeist und Energie nach Bern

Nach drei vergeblichen Anläufen will Niggi Scherr zwar nicht mehr Ständerat werden, Nationalrat hingegen schon: Warum er Spitzenkandidat der AL ist und was er in Bern bewirken möchte, erklärt der amtsälteste Zürcher Gemeinderat im Gespräch mit Nicole Soland.

P.S.: Sie kandidierten 1983 für den Regierungsrat, 1986 für den Stadtrat und danach noch dreimal für den Ständerat – und nun steigen Sie auch noch in den Nationalratswahlkampf: Warum tun Sie sich das an?

Niggi Scherr: Warum ich mir das antue? Es gab eine Ausmarchung in der AL. Dabei kamen wir rasch zum Schluss, dass wir uns angesichts der sich abzeichnenden StänderatskandidatInnen-Schwemme nicht auch noch am Wahlkampf ums Stöckli beteiligen wollen.

«Dieses Land soll eine erspriessliche Zukunft haben, aber die Festungsmärchen der SVP vereiteln dies. Da will ich Gegensteuer geben.»

Stattdessen diskutierten wir die Frage nach möglichen Listenverbindungen im Hinblick auf die Nationalratswahlen relativ früh...

... und offensichtlich mit Erfolg.

Es hat natürlich einige Diskussionen abgesetzt à la «Heirat oder Zweckehe?», wie üblich... Zu Beginn dieses Prozesses kamen übrigens die Jusos auf uns zu, die fanden, sie wollten nicht bloss die Wasserträger der SP sein. Eine Verbindung mit ihnen wäre aus meiner Sicht eine spannende Konstellation gewesen, aber sie zogen sich dann leider zurück beziehungsweise wurden von ihrer Parteizentrale zurückgepfiffen. Die Listenverbindung mit der PdA, der Piratenpartei und den Freidenkern, die wir schliesslich beschlossen haben, bewahrt uns nun davor, auch dieses Mal bloss Wasserträger von SP und Grünen zu spielen.

Das tönt ja, als hätten Sie bislang nichts anderes gemacht...

Mit unseren Reststimmen haben wir 1999 Mario Fehr, 2003 Chantal Galladé und 2007 Bastien Girod in den Nationalrat gehievt. Das ist aus parteipolitischer Sicht schon in Ordnung – aber es waren nicht gerade die Köpfe, die uns am nächsten stehen. Diesmal möchten wir in erster Linie für uns selber schauen.

Mit einem Spitzenkandidaten, der mit Jahrgang 1944 im AHV-Alter ist?

Es gab in der AL eine offene Diskussion darüber, ob ich angesichts meines Alters wirklich der geeignetste Kandidat sei. Diese Diskussion hat meinen Kampfgeist durchaus angeregt... Ich habe noch den Mumm und auch den Punch, diese Aufgabe anzupacken, und solange das so ist, erscheint mir die Altersfrage zweitrangig. Zudem: Es gibt viele RentnerInnen in diesem Land, es werden immer

mehr – sollen die wirklich alle gläubig an Rentner Blochers Lippe hängen? Ich finde nicht. Neben den vielen 50-Jährigen vermag das Parlament sicher ein paar AHV-Rentner zu verkraften. Angesichts der wachsenden Ungewissheiten in Sachen 2. Säule fühle ich da auch eine neue persönliche Betroffenheit. Aber das Generationen-Bashing scheint in der Politik ja im Moment in Mode zu sein: Der eine soll weg, weil er zu alt ist, die andere, weil sie schon zu lange dabei ist, der dritte, weil er zu oft kandidiert hat... Und was ist dann mit den Jungstars, die mit 30 Nationalrat werden? Nach vier Legislaturen sind sie zwar erst 46, sind aber faktisch Berufspolitiker ohne Zivilberuf und könnten sich zu echten Sesselklebern entwickeln...

Trotzdem: Sie arbeiten mit Ihrer Kandidatur jenen in die Hände, die spötteln, die AL sei noch nie etwas anderes gewesen als Niggi Scherrs Wählerverein...

Wir sind heute eindeutig breiter aufgestellt als früher. Seit 2007 ist die AL ein richtiger Verein mit Statuten und allem, was dazu gehört; wir haben sogar kürzlich ein Gesuch um Aufnahme in die Interparteiliche Konferenz im Bezirk Zürich gestellt... Ich bin im übrigen auch nicht automatisch auf diesen Spitzenplatz gerutscht. Es kam AL-intern zu einer offenen personellen Ausmarchung, und bei der Abstimmung setzte ich mich mit zwei Drittel der Stimmen gegen Markus Bischoff durch.

Angenommen, Sie werden gewählt: Wie interpretieren Sie Ihre Rolle als Nationalrat?

Ich traue mir zu, wichtige Inputs zu bringen, schliesslich bin ich schon lange im Geschäft. Im Nationalrat sehe ich mich nicht bloss als hors-sol-Pflanze, sondern als Aktivist, der in sozialen Bewegungen eingebettet ist. Zugleich aber auch als kritisch-aufmerksamen Beobachter; ich habe mir jedenfalls vorgenommen, ein Bundeshaus-Tagebuch zu führen...

Und in welcher Fraktion sehen Sie sich?

Unter dem Titel «Alternative Linke / La Gauche» arbeiten die Alternativen seit rund zwei Jahren über den Röstigraben hinweg zusammen. Anfang Mai haben wir zusammen eine eidgenössische Volksinitiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung lanciert. Bei den Nationalratswahlen treten wir in den Kantonen Schaffhausen, Bern, Zürich, Genf, Waadt, Wallis und Neuenburg an. Im Welschland liegen bei den Wahlen 2011 ein bis drei Sitze im Bereich des Möglichen, im Kanton Zürich einer. Das heisst, dass wir kaum eine alternative Fraktion werden bilden können. Der bisherige Vertreter der Alternativen, Josef Zisyadis, ist bei den Grünen untergekommen. Wir werden darüber gemeinsam beschliessen.

Sie könnten also auch damit leben, Mitglied der SP-Fraktion zu sein?

Eine Mitgliedschaft in einer Regierungsfraktion steht wohl weniger zur Diskussion.

In Zürich sind Sie seit 1978 im Gemeinderat und dort sozusagen eine Institution – und trotzdem könnten Sie sich, so Sie gewählt würden, ohne mit der Wimper zu zucken nach Bern absetzen?

Es geht mir ehrlich gesagt langsam auf den Keks, wenn die Leute finden, ich müsse doch

in Zürich bleiben und zum Rechten sehen; natürlich kenne ich hier den Laden und kann im Gemeinderat Missstände aufzeigen. Aber so wenig mich die kantonale Politik interessiert hat – nach sieben Sitzungen im Kantonsrat, die ich 1983 aus parteitaktischen Gründen über mich ergehen lassen musste, fühlte ich keinen Abschiedsschmerz –, so sehr hat mich die nationale Politik schon immer gereizt. Und das nicht nur wegen des Mietrechts.

Sondern?

Natürlich liegt es nahe, dass ich als langjähriger Geschäftsleiter des kantonalen Mieterinnen- und Mieterverbandes mein wohnpolitisches Wissen im Nationalrat einbringen werde, zumal die SP Anita Thanei nicht mehr nominiert hat. Aber ich engagiere mich auch schon seit langem gegen die neoliberale Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik. Ich war einer der Hauptinitianten beim erfolgreichen Strommarkt-Referendum und habe dazu beigetragen, dass die skandalöse Pauschalbesteuerung im Kanton Zürich abgeschafft worden ist. Speziell befasse ich mich zurzeit mit dem Verhältnis der Schweiz zur EU.

Inwiefern?

Das Verhältnis der Linken zur EU ist zurzeit geprägt durch zwei Lager: Hier die Europa-EuphorikerInnen, dort die AnhängerInnen des Europa-Bashings. Manche in der SP bekommen noch immer glänzende Äuglein, wenn die EU nur schon erwähnt wird – die Gegenseite erweckt den Eindruck, wir könnten bis in alle Ewigkeit mitten in Europa sitzen, ohne mit der EU das Geringste zu tun zu haben. Beschränkt sich die Politik bloss darauf, aus dem einen Lager gegen das andere zu schiessen, gehen die durchaus vorhandenen – und spannenden! – Sachthemen völlig unter: Die Steuerverhandlungen, das Stromabkommen, die Rechtssprechung des Bundesgerichts und wie sie durch europäische Gesetze beeinflusst wird, etc. Die Frage lautet konkret: Wo sind über bilaterale Vereinbarungen Fortschritte möglich, und wo werden im Gegenteil soziale Errungenschaften und unser service public in Frage gestellt? Stattdessen schlägt man sich hierzulande die Köpfe ein wegen der Frage «Beitritt oder nicht», die zurzeit nun wirklich kein Thema ist.

Was müsste das Parlament in Bern denn tun?

Das Kleingedruckte in den EU-Dossiers genauer studieren... Als Linke sollten wir besser schauen, wo sich via den Einfluss, den die EU sowieso ausübt, innenpolitisch etwas erreichen lässt. Ein Beispiel: Der EU sind unsere Steuerprivilegien für ausländische Holdings ein Dorn im Auge. Aus ihrer Sicht erhalten damit EU-Konzerne in der Schweiz versteckte Subventionen, was der Wirtschaftspolitik der EU widerspricht. Die Economiesuisse findet, «no problem» – und schlägt in einem Unterzug kurzerhand vor, auch die Steuern für inländische Gewinne auf das gleiche Dumping-Niveau zu senken. So hätten alle gleich lange Spiesse... Ein Milliarden Geschenk an Banken, Versicherungen und Grosskonzerne! Aus linker Sicht müsste angesichts der eh schon

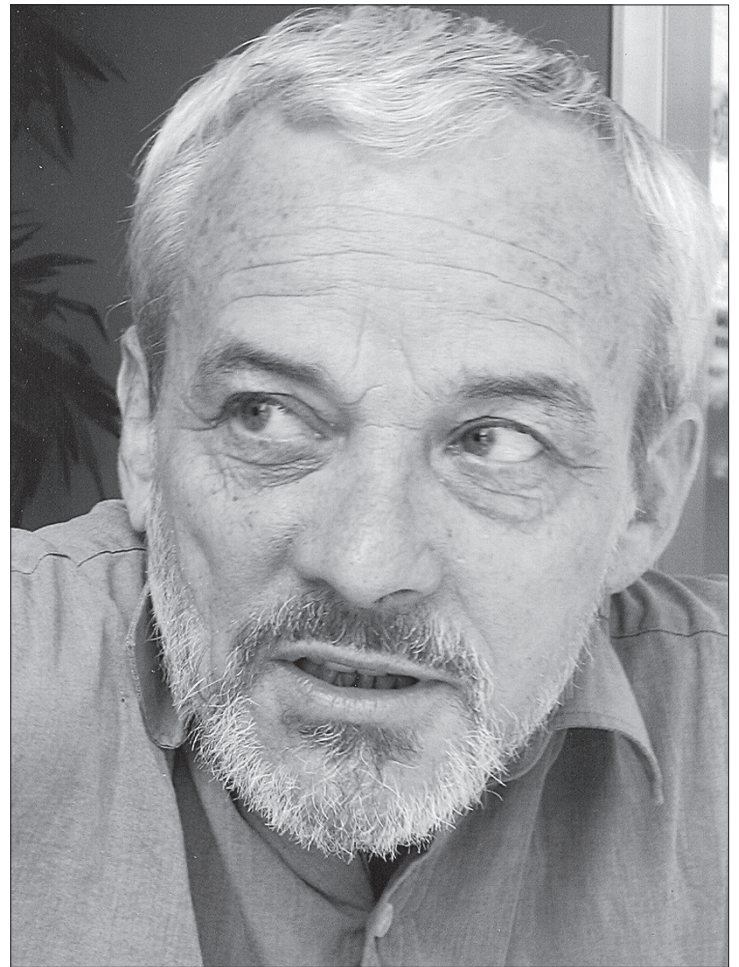
tiefen Steuersätze die Anpassung klarerweise in die umgekehrte Richtung gehen. Solche Fragen werden in der linken Öffentlichkeit leider nur wenig und dann meist zu spät erörtert.

Wahrscheinlich ist sie schon genügend beschäftigt mit dem «autonomen Nachvollzug» von EU-Gesetzen...

Die EU ist bereits einen Schritt weiter. Sie will in Zukunft nur noch «dynamische» Verträge mit der Schweiz. Also nicht solche, bei denen jede künftige Änderung «autonom nachvollzogen» werden muss. Sondern solche, bei denen künftige Änderungen, die in der EU respektive vom Europäischen Gerichtshof beschlossen werden und welche die mit der Schweiz geschlossenen Verträge tangieren, ganz einfach auch in der Schweiz gelten. Aus dem autonomen würde ein automatischer Nachvollzug. Würde der Wunsch der EU Wirklichkeit, dann wäre die Schweiz bald nur noch ein Satellit der EU – und könnte folglich genausogut beitreten. Solche Fragen müssen wir grundsätzlich diskutieren: Wo ist die Schweiz stark, wo muss sie nachgeben? Welche Kernpunkte sind nicht verhandelbar? Ein offener Meinungsstreit innerhalb der Linken – das wäre mein Wunsch, und ich bin sicher, dass es uns nur guttun könnte. Schliesslich gibt es auch einen linken Patriotismus, soweit es um die Verteidigung sozialer und demokratischer Errungenschaften geht. Nur ist das ob des Getöses, das die Rechten seit Jahren veranstalten, schon fast vergessen gegangen.

Als der damalige Bundesrat Moritz Leuenberger beim Fluglärm-Dossier sagte, er habe das Maximum rausgeholt, lachten ihn die Bürgerlichen aus: Die Linken haben auf nationaler Ebene generell schlechte Karten; viel rausholen könnten Sie im Nationalrat doch kaum...

Was die Fluglärm-Diskussion betrifft, sind die Schweiz, der Kanton Zürich und die Flughafenbetreiberin schlicht zu lange auf dem hohen Ross gesessen. Heute ist die Zahl der in Zürich und Umgebung lebenden und unter dem Fluglärm leidenden Deutschen höher als die Zahl der Deutschen, die gleich ennet der Grenze von unserem exportierten Fluglärm betroffen sind. Das ist doch absurd. Im Kalten Krieg wurde die Schweiz verwöhnt, aber



Niggi Scherr sieht in Bern einige 'Baustellen', auf denen er als Nationalrat aktiv werden möchte.

viele wollen nicht einsehen, dass diese Sonderfall-Ära vorbei ist.

Wie meinen Sie das?

Damals sass die Schweiz in einer geschützten Nische, die sie ungestört bewirtschaften konnte. Seither hat sich viel geändert. Heute haben wir die Euro-Krise und den starken Franken, und ein cooler Umgang mit diesen Problemen wäre gefragt. Doch die Schweizer Politik bleibt über weite Strecken reaktiv, mit lastminute-Regelungen etwa beim Bankgeheimnis oder der Steuerpolitik. Viele haben vor lauter 'ewiger' Mythen, welche die Blocher-Fans unablässig wiederholen, noch immer nicht gemerkt, dass die Schweiz keine autonome Insel ist. Zudem: auch Inseln können überschwemmt werden oder gar untergehen, das zeigt uns der Klimawandel... Und wenn die Verhältnisse rundherum schlecht sind, dann wollen sich eher mehr Leute auf einer Insel niederlassen – das war schon bei der Arche Noah so. Eine Insel mit einer Burgmauer drumherum, das wäre ein Gräuel! Dieses Land soll eine erspriessliche Zukunft haben, aber die Festungsmärchen der SVP vereiteln dies. Da will ich Gegensteuer geben. Ich tue das seit gut zwei Jahren als Vorstandsmitglied der «Alternativen Linken – La Gauche – La Sinistra» und möchte mich dafür auch im Nationalrat einsetzen.

Wie schätzen Sie Ihre Chance ein, gewählt zu werden?

Das Ziel, einen Sitz in Zürich zu holen, ist in Reichweite. Genauer erfahren Sie am 23. Oktober...